

Eine Wahl, die Lateinamerika veränderte

Vor 25 Jahren siegte Hugo Chávez bei den Wahlen in Venezuela (Teil 2 und Schluß)

2015, nach Chávez' Tod im März 2013, gewann die Opposition die Parlamentswahlen. Aber da wirkten schon die von den USA stetig verstärkten Sanktionen gegen Venezuela, die sich allmählich verheerend auf die Wirtschaft und damit auf die Lebenslage der Bevölkerung auswirkten. Auch die seit 2014 gefallenen Erdölpreise taten ihr Übriges. Eva Golinger, Rechtsanwältin aus den USA und Chávez-Unterstützerin, sagt dazu: „Leider waren diejenigen, die Chávez als Zuständige hinterließ, nicht in der Lage, das Land erfolgreich durch diese schwierigen Zeiten zu lotsen. Eine Kombination aus Korruption und Sabotage von außen durch die oppositionellen Kräfte (mit ausländischer Unterstützung) lähmt die Wirtschaft. Mißmanagement ist weit verbreitet und wirkt destruktiv. US-Dienste und ihre Verbündeten in Venezuela nutzten die Gunst der Stunde, um die verbliebenen Überreste des Chavismus weiter zu destabilisieren und zu zerstören.“

Auch die KP Venezuelas (PCV) stellte fest, daß sich der Staat etwa ab 2016 aus immer mehr Bereichen der Wirtschaft zurückgezogen und sie anderen wirtschaftlichen Akteuren und ihrer Profitlogik überlassen hat. Innerhalb des Regierungsapparates hätten Strömungen stark an Einfluß gewonnen, die der Ansicht waren, daß ein Überwinden der Krise und das Verbleiben an der Regierung nur durch Kompromisse mit Teilen der Bourgeoisie möglich sei. Der wirtschaftliche Liberalisierungsprozeß in Venezuela habe schließlich zu einem neuen Status quo geführt, in dem Millionen Menschen von der Möglichkeit des Konsums ausgeschlossen werden, weil sie nicht die notwendigen Mittel haben. Die Hyperinflation wurde zwar besiegt, aber die Entwertung der Löhne nie gestoppt. Vielmehr hat sie sich noch verschärft. Der Mindestlohn lag zeitweise bei etwa einem Dollar – pro Monat! Davon kann niemand leben. Sozioökonomisch erinnere die aktuelle Situation an die 90er Jahre, in der der Chavismus als politische Identität entstanden ist. Wenn dieses wirtschaftliche Anpassungsprogramm von einer rechten Regierung durchgesetzt worden wäre, dann wäre die chavistische Basis auf der Straße gewesen und hätte die Regierung als neoliberal beschimpft. Die soziale Ungleichheit ist in den letzten zehn Jahren exponentiell gewachsen, obwohl die Bolivarische Revolution begonnen wurde, um die Armut und die Ungleichheit zu bekämpfen. Wenn die Maßnahmen nicht darauf orientiert sind, die Ungleichheit zu reduzieren, was bleibt dann von ihr übrig? Die chavistische Basis habe immer eine sehr kritische Beziehung zur Regierung Chávez gehabt, so die PCV weiter. Die Leute

kritisierten die Regierung mit derselben Leidenschaft, mit der sie sie verteidigten. Der Unterschied ist, daß Chávez dies aktiv beförderte. Heute gibt es diese Form des Austauschs zwischen Regierung und Basis praktisch nicht mehr. Wenn die Regierung in der Lage ist, sich mit Teilen des Bürgertums, mit Unternehmerverbänden zu verständigen, warum dann nicht auch mit ihren linken Kritikern, zum Beispiel der Kommunistischen Partei, statt sie auf verschiedenste Art und Weise auszuschalten?

Bereits 2011 habe die PCV auf dem 14. Kongreß festgestellt, daß es sich beim Projekt der Bolivarischen Revolution um ein Projekt der

vom Chavismus ist aufgrund der US-Sanktionen gegen Venezuela und der von Maduro seit 2016 verfolgten Politik materiell nicht viel übriggeblieben, aber das Volk ist von der Erfahrung mit dem Chavismus geprägt, ca. 20 % der Bevölkerung stehen fest zum Chavismus, der bei entsprechender Gelegenheit sicherlich aktiviert werden wird.

ALBA – UNASUR – CELAC

Auf außenpolitischer und internationaler Ebene fällt die Bilanz ganz anders, viel positiver aus, denn Chávez' Wahl wird allgemein als Ende des neoliberalen Zyklus angesehen, der die 90er Jahre beherrschte. In den darauffol-

genden Jahren kamen in anderen lateinamerikanischen Ländern Kräfte an die Regierung, die den politischen Ideen Chávez nahestanden, wodurch eine „rote Welle“ ausgelöst wurde.

Zusammen mit Fidel Castro schuf er zur Überwindung der Abhängigkeit von den USA Organisationen zur politischen und wirtschaftlichen Integration der lateinamerikanischen Länder, die den reaktionären Stürmen der Zeiten widerstanden und überlebt haben.

Den Anfang machte die 2004 zwischen Venezuela und Kuba ins Leben gerufene „Bolivarische Alternative der Völker Unseres Amerika“ (ALBA), die sich 2006 nach dem Beitritt



In enger Freundschaft verbunden: Fidel Castro und Hugo Chávez

nationalen Befreiung und eben nicht um einen sozialistischen Prozess handelt, und daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht angerührt werden. Es wurden lediglich ökonomische und soziale Reformen im Rahmen des Systems umgesetzt. Die Regierung unter Maduro implementierte ab 2018 schließlich ein neoliberales Krisenprogramm. Die Führungspersonen der PSUV spiegeln diese Interessen der Bourgeoisie wider.

Die bürgerliche Opposition äußert sich mit verhaltener Genugtuung: „Wir haben zwar nicht eine andere Regierung erreicht, aber die Art und Weise geändert, wie sie regiert.“ Dazu Eva Golinger: „Jetzt versuchen sie, das Erbe von Chávez zu beschmutzen und auszulöschen, aber ich glaube, daß das ein unmögliches Unterfangen ist. Das Andenken an Chávez in Millionen Menschen, die er beeinflusst hat und deren Leben er verbessert hat, wird den Sturm überstehen. ‚Chavismus‘ ist zu einer Weltanschauung geworden, die auf Prinzipien von sozialer Gerechtigkeit und menschlicher Würde basiert.“

Innenpolitisch kann 25 Jahre nach der Erstwahl Chávez' zum Präsidenten bilanziert werden, daß das Venezuela von heute anders ist als das Venezuela unter Präsident Hugo Chávez. Die Veränderungen, die es seit seinem Tod gegeben hat, sind vielfältig und fast alle negativ. Von der bolivarischen Revolution und

Bolivien den neuen Namen „Bolivarische Allianz der Völker Unseres Amerika – Handelsvertrag der Völker“ (ALBA-TCP) zulegte. Von den herkömmlichen Integrationsprojekten unterscheidet sie sich durch die Grundprinzipien Solidarität – Komplementarität – Humanismus. Die gegenseitige Unterstützung, d.h. die Nutzung der Vorteile eines jeden Landes, steht im Vordergrund, um gemeinsam stark zu sein durch eine ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung in jedem Land, gerade dort zu helfen, wo einer schwach ist und nicht die Schwäche des anderen zum eigenen Vorteil auszunutzen, nicht auf Kosten eines anderen besser zu leben.

Mit der Gründung der ALBA-Bank 2008 begann der Weg zur Befreiung von der Herrschaft der Weltbank und des IWF.

Mit der Einführung des Sucre 2010 als neue zwischenstaatliche Währungseinheit, die in einem ersten Schritt als Verrechnungseinheit, die – ähnlich dem ECU, dem Vorläufer des Euro – nur als Buchgeld existiert, im gemeinsamen Handel genutzt wird, sollte die wirtschaftliche Integration der ALBA-Staaten vereinfacht und die Loslösung vom US-Dollar als internationale Leitwährung eingeleitet werden.

Durch ALBA-TCP wurden der von einigen Ländern gemeinschaftlich betriebene Fernsehsender teleSUR, der über Satellit abstrahlt, und Radio del Sur geschaffen. Diese

Sendeanstalten verstehen sich als mediale Unterstützung für die Schaffung eines neuen multipolaren internationalen Informationssystems im Dienste der Völker auf der Grundlage der Prinzipien der Unabhängigkeit, Gleichheit, Selbstbestimmung und für das Durchbrechen der Vormachtstellung der westlichen Nachrichtenmonopole.

Chávez hatte auch maßgeblichen Anteil an der zweiten historischen Großtat mit bedeutender internationaler Ausstrahlungskraft: Nach etlichen Jahren der Vorbereitung wurde 2008 die Union südamerikanischer Staaten (UNASUR) ins Leben gerufen, der alle 12 unabhängigen Staaten Südamerikas angehören. Im Mittelpunkt steht die Zusammenarbeit beim Kampf gegen Ungleichheit, soziale Ausgrenzung, Hunger, Armut und Unsicherheit, um die Demokratie, Souveränität und Unabhängigkeit der südamerikanischen Staaten zu stärken und Asymmetrien zu reduzieren, z.B. durch den Ausbau der verbindenden Infrastruktur zwischen den Ländern. Damit war UNASUR klar als Gegenkraft zur unter der Vorherrschaft der USA stehenden OAS konzipiert.

Im Streit hinsichtlich der Positionierung im Venezuela-Konflikt traten acht Mitglieder aus dem links geprägten Bündnis UNASUR aus und gründeten als Alternative im März 2019 das neoliberal geprägte Regionalbündnis Prosur.

Auf Initiative von Brasiliens Präsident Luis Inácio Lula da Silva im Mai 2023 wurde UNASUR reaktiviert. Besondere Aufmerksamkeit erhielt Lulas Aufruf, die südamerikanischen Staaten sollten in ihren bilateralen Handelsbeziehungen von der Verwendung des US-Dollars wegkommen. Damit war Chávez' Erbe gerettet. Die dritte große Errungenschaft unter Chávez' Mitwirkung war die Gründung der Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Länder (CELAC), der alle 33 souveränen Staaten des amerikanischen Doppelkontinents angehören, außer den USA

und Kanada. Damit wird schon deutlich, daß auch diese Organisation als ein Gegenstück zu der von den USA dominierten Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) angelegt war. Die lateinamerikanischen und karibischen Länder wollten endlich selber Dinge ohne Einfluß der USA entscheiden, die ihre Länder betrafen. Auch dieser Staatenbund hat die Wirren der Jahre überstanden, als in einigen Ländern rechte Kräfte an die Regierung gelangten, die eine USA-genehme Politik vertraten. Besonders Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador und sein argentinischer Amtskollege Alberto Fernández setzten sich für die Wiederbelebung der CELAC ein. Sie ist wieder aktiv geworden und pocht verstärkt auf Eigenständigkeit in der internationalen Politik, zumal zwei Länder (Brasilien, Argentinien ab 1.1.24) dem BRICS-Staatenbund angehören.

Eine spezielle Gründung von Chávez war PETROCARIBE, ein Abkommen vom Juni 2005 für Erdöllieferungen zum Vorzugspreis von Venezuela an einige Karibikstaaten. Auch Bezahlungen mit Waren oder Dienstleistungen (Tauschhandel) sind möglich. Kuba zum Beispiel entsandte als Gegenleistung tausende Ärzte und anderes medizinisches Personal, Lehrer, Sporttrainer und Regierungsberater. Zu den mittelfristigen Zielen gehört die gemeinsame Erschließung, Förderung und Verarbeitung von Erdöl und Erdgas durch die Mitgliedsstaaten. Es soll ein Netz erdölindustrieller Anlagen geschaffen werden, durch das die Versorgung der Staaten der Region mit Derivaten nachhaltig gewährleistet werden soll.

Bewahrtes Vermächtnis

Die Existenz dieser Organisationen und ihre Zielstellungen sind in großem Maße ein Verdienst von Hugo Chávez. Wie wichtig er dabei handelte, wird daran deutlich, daß die BRICS-Staaten und die Gruppe 77+ China sowie die chinesische

Belt-and-Road-Initiative genau diese Zielsetzungen übernommen haben, für die Hugo Chávez eingetreten war: der Kampf gegen Armut und den Klimawandel, für die Reformierung der internationalen Finanzarchitektur, Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung und bessere Verbindungen zwischen den Ländern des Globalen Südens, die Lösung der Schuldenfrage, die Loslösung vom US-Dollar und die Herausbildung einer multipolaren Weltordnung. Damit bleibt Chávez' Vermächtnis bewahrt, hinterläßt er unauslöschliche Spuren.

Angemerkt sei schließlich noch, daß viele Venezolaner daran glauben, daß Chávez ermordet wurde. Dafür gibt es hinreichend Indizien, so die Rolle mehrerer Personen aus Chávez' engstem persönlichen Sicherheitsdienst wie Oberstleutnant Leamsy Salazar, Hauptmann Adrián Velásquez und dessen Ehefrau Claudia Patricia Díaz Guillén, die mehrere Jahre Chávez' persönliche Krankenschwester war, Medikamente, Spritzen und andere Dinge der Gesundheits- und Ernährungsversorgung für Chávez verwaltete und privaten, unbeaufsichtigten Zugang zu ihm hatte. Gemäß freigegebener geheimer US-Dokumente ist bekannt, daß die US-Armee schon seit 1948 an einer Waffe zur Injektion von radioaktivem Material für politische Morde an ausgewählten Feinden gearbeitet hat und daß es eine von der CIA entwickelte Mordwaffe zur Erzeugung von Herzinfarkt und Weichteilkrebs gab. Chávez starb an einem aggressiven Weichteilsarkom. Als das entdeckt wurde, war es bereits zu spät. Gemeinsam ist diesen genannten Personen, daß sie nach Chávez' Tod in die USA übersiedelten und dort in das Zeugenschutzprogramm aufgenommen wurden bzw. über Vermögen verfügen, die diese Personen nicht mit legitimen Mitteln zusammengerafft haben können. (Eva Golinger in: Der seltsame Tod von Hugo Chávez, www.amerika21.de, 27.6.2016)

Gerhard Mertschen

Kuba feierte 65 Jahre der Revolution

Vor 65 Jahren siegte die Kubanische Revolution. Am 1. Januar 1959 zogen die erfolgreichen Guerrilleros um Fidel Castro und Che Guevara in Havanna ein. Trotz US-Blockade und Interventionen bleibt die Insel seither auf sozialistischem Kurs.

Millionen Kubanerinnen und Kubaner feierten neben Neujahr auch den 65. Jahrestag ihrer Revolution. Wie üblich, wurden das neue Jahr und das Revolutionsjubiläum zu Sylvester um Mitternacht auf der Festung San Carlos de la Cabaña über der Hafeneinfahrt der Hauptstadt mit 21 Salutschüssen begrüßt. Neben zahlreichen Aktivitäten im ganzen Land fand eine zentrale Feier im Céspedes-Park von Santiago de Cuba statt. Dort hatte Revolutionsführer Fidel Castro am 1. Januar 1959 von einem Balkon den Sieg der von ihm angeführten Rebellenarmee über das Regime des US-freundlichen Diktators Fulgencio Batista verkündet. „Wir

können sagen, daß wir in den vier Jahrhunderten, seit unsere Nation begründet wurde, zum ersten Mal völlig frei sein werden“, erklärte Fidel Castro dort. Als ahnte er die kurz darauf beginnenden Angriffe von USA-Regierungen auf die Unabhängigkeit und Souveränität seines Landes, fügte er hinzu: „Die Revolution beginnt jetzt. Sie wird keine einfache Aufgabe sein, sondern eine harte und gefährvolle Unternehmung.“

Seitdem unterliegt das erste sozialistische Land auf dem amerikanischen Kontinent der längsten und umfangreichsten Wirtschaft-, Handels- und Finanzblockade, die je gegen ein Volk verhängt wurde. Trotzdem verfügt Kuba seit Jahrzehnten über das politisch stabilste System der Region. Während viele Länder Lateinamerikas in den vergangenen Jahrzehnten unter Diktatoren litten, die ihre Macht mit Todesschwadronen, Folter, „Verschwindenlassen“ und Morden an

Oppositionellen zu sichern versuchten, verteidigte Kuba mit Erfolg die Ziele der Revolution. In wenigen Jahren gelang es, die bis dahin im Bildungs- und Gesundheitsbereich rückständige Insel zum ersten vom Alphabetismus befreiten Land der Region zu machen. Und trotz US-Blockade verfügt Kuba weiterhin über die größte Anzahl von Ärzten und medizinischen Einrichtungen in Lateinamerika.

Obwohl „die Last des Mangels“ in vielen Bereichen auch jetzt noch weiterbesteht, gebe es Errungenschaften, „die uns nicht einmal die schlimmsten Naturgewalten oder das Imperium nehmen konnten“, sagte Präsident Miguel Díaz-Canel in der letzten Parlaments-sitzung des Jahres am 22. Dezember. „Feiern wir unsere Unabhängigkeit, unsere Souveränität und unsere Freiheit!“

Redaktionell gekürzt

Aus: Zeitung der Arbeit, Wien, 5.1.24